

**VERGESSENE**

**OPFER**

VERGESSENE OPFER

# IMPULSE FÜR DIE REGIONALE ERINNERUNG

FRANK ENGEHAUSEN

Seit wann und in welchem Ausmaß an die verschiedenen Opfergruppen des Nationalsozialismus erinnert wird, ist Folge eines Zusammenwirkens von historischer Forschung, erinnerungskulturellen Entscheidungen der Politik und der Öffentlichkeitsarbeit der Betroffenen. Eine bis heute weithin vergessene Opfergruppe sind Frauen und Männer, die im Dritten Reich zwangssterilisiert wurden: Erst Mitte der 1980er-Jahre fand ihr Schicksal Eingang in das öffentliche Bewusstsein, aber noch immer erhalten sie nicht die Aufmerksamkeit, die ihnen angesichts der hohen Zahl an Betroffenen zukommen müsste. Bei der Durchführung solcher Zwangssterilisationen, mit der sich die Forschung am Historischen Seminar beschäftigt, spielte lokal betrachtet die Heidelberger Universitätsmedizin eine Schlüsselrolle. Ob die Forschungsergebnisse auch zu einer Neuausrichtung der öffentlichen Erinnerung an diese Opfergruppe führen werden, bleibt abzuwarten.

„Die geschichtswissenschaftlichen Debatten über die Relevanz von Themen wirken mitunter in die außerwissenschaftliche Öffentlichkeit hinein und beeinflussen damit, wie dort erinnert und auch was dort vergessen wird.“

# E

Erinnern und Vergessen sind das Tagesgeschäft von Historikerinnen und Historikern. Aus einer unüberschaubaren Zahl von Quellen wählen sie diejenigen aus, von denen sie meinen, dass sie Relevanz besitzen für Themen, die sie für wichtig halten. Was nicht für wichtig gehalten wird und was sich wegen schwieriger Quellenlage nicht bearbeiten lässt, wird vergessen. Die Bedeutungszuschreibungen unterliegen einem fachinternen Aushandlungsprozess: Was die Geschichtswissenschaft heute für wichtig hält, unterscheidet sich deutlich von ihren Relevanzkriterien vor 100 Jahren, als man über sozialgeschichtliche Themen die Nase rümpfte, oder vor 50 Jahren, als kulturgeschichtliche Abhandlungen für Fingerspielerei gehalten wurden. Die großen Trends der Aushandlung wirken sich im Kleinen aus: Wenn eine Studie zu einem Thema vorgelegt wird, das die Fachkreise für weniger wichtig halten, wird sie spärlich bis gar nicht rezipiert und gerät vielleicht sogar selbst ganz in Vergessenheit.

Die geschichtswissenschaftlichen Debatten über die Relevanz von Themen wirken mitunter – je nach Fachdisziplin unterschiedlich und am stärksten in der Zeitgeschichte – in die außerwissenschaftliche Öffentlichkeit hinein und beeinflussen damit, wie dort erinnert und auch was dort vergessen wird. Historikerinnen und Historiker betreiben in dieser Öffentlichkeit allerdings kein alleiniges Agenda Setting, sondern sind Akteure neben anderen: den Leitmedien, den politischen Institutionen sowie Personengruppen, die von den Themen besonders betroffen sind und die Bereitschaft zeigen, dies publik zu machen. Wie in solchen Kontexten öffentlich erinnert und auch vergessen wird, sei im Folgenden in zwei Schritten beleuchtet: zunächst im skizzenhaften Überblick der Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung und dann im Fokus auf eine weithin vergessene Opfergruppe, die auch für die Heidelberger Stadt- und Universitätsgeschichte aus fachhistorischer Sicht relevant ist, an die aber bislang noch fast gar nicht öffentlich erinnert worden ist.

#### **Geschichte der Nichtanerkennung und Nichtentschädigung**

Als Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung wurden – was angesichts der monströsen Dimensionen des Holocaust nicht verwundern kann – nach 1945 in erster Linie die Jüdinnen und Juden wahrgenommen, wenngleich die öffentliche Erinnerung an ihre millionenfache Entrechtung,

Vertreibung und Ermordung erst seit den 1980er-Jahren quasi-institutionelle Formen mit Gedenkveranstaltungen zu den Novemberpogromen des Jahres 1938 gefunden hat. Dieses Gedenken dauert bis heute fort und wurde mit dem 2005 von den Vereinten Nationen eingeführten „International Holocaust Remembrance Day“ am 27. Januar ausgeweitet. Die seitdem geführten Diskussionen darüber, wie bei diesem Gedenktag an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz auch an andere Verfolgtengruppen erinnert werden kann und soll, verweisen auf die schwierige Geschichte der Nichtanerkennung und Nichtentschädigung von NS-Unrecht in den ersten Nachkriegsjahrzehnten: zum Beispiel auf die Schicksale der Sinti und Roma, die lange Zeit nicht als Opfer rassistischer Verfolgung wahrgenommen wurden, weil man amtlicherseits meinte, die nationalsozialistische „Zigeunerpolitik“ sei nichts anderes als Kriminalprävention gewesen.

Die Wahrnehmung und anschließend auch die öffentliche Erinnerung im Falle der Sinti und Roma änderte sich allmählich durch die rege Tätigkeit einer Bürgerrechtsbewegung der Betroffenen und ihrer Nachfahren, aus der der Zentralrat der Sinti und Roma hervorgegangen ist. Andere Opfergruppen verzichteten dagegen weitgehend darauf, öffentlich auf das ihnen zuteil gewordene Unrecht hinzuweisen: zum Beispiel die Zeugen Jehovas, deren Weltabgewandtheit der Erinnerung prinzipiell wenig Raum lässt. Wiederum andere verloren den Zugang zur Öffentlichkeit, wie die Kommunisten, die im ersten Nachkriegsjahrzehnt auch in Westdeutschland die Erinnerung an die NS-Verbrechen mitgetragen und mitgeprägt hatten und nach dem KPD-Verbot von 1956 zwangsweise verstummten, so dass ihre Opfergeschichte fast ausschließlich zu einem Narrativ der DDR wurde. Ihre Schicksale verschwanden hinter dem Eisernen Vorhang; erst nach dessen Fall wurden in den 1990er-Jahren zudem auch die millionenfach hauptsächlich aus Osteuropa ins nationalsozialistische Deutschland verschleppten Zwangsarbeiter als sehr große Opfergruppe in der Öffentlichkeit deutlich sichtbar.

#### Engagement und öffentliche Erinnerung

Welche Rolle das Engagement der Nachfahren von Betroffenen oder von Personen, die sich mit den Opfergruppen identifizieren, für die öffentliche Erinnerung spielt, lässt sich anhand aktueller Debatten verdeutlichen. Verschiedene Stimmen aus feministischen, homosexuellen und queeren Gruppen fordern die Anerkennung von lesbischen Frauen und auch Transpersonen als NS-Verfolgungsoffer und haben damit erste Erfolge erzielt, zum Beispiel mit der Aufstellung einer „Gedenkkugel“ auf dem Gelände des ehemaligen Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück im Jahr 2022 oder mit einer politischen Würdigung dieser Gruppen in einer Gedenkstunde des Bundestags im Januar 2023.

So wie in diesem Fall agiert die Geschichtswissenschaft, die sich noch schwer damit tut, die Einzelfallgeschichten von queeren NS-Verfolgungsoffern einzuordnen, auch bei

#### Die Sammlung Prinzhorn

Die Sammlung Prinzhorn ist ein 2001 eröffnetes Museum für Kunst von Menschen mit psychischen Ausnahmeerfahrungen aus der Zeit von 1800 bis heute, das Teil des Zentrums für psychosoziale Medizin am Universitätsklinikum Heidelberg ist. Der historische Bestand der Sammlung umfasst rund 8.000 Zeichnungen, Aquarelle, Gemälde, Skulpturen, Textilien und Texte, die zwischen 1840 und 1945 von Patient:innen psychiatrischer Anstalten geschaffen wurden. Den größten Teil dieses Fundus hat der Arzt und Kunsthistoriker Hans Prinzhorn (1886 bis 1933) während seiner Zeit als Assistenzarzt an der Psychiatrischen Klinik der Universität Heidelberg zusammengetragen. Im Jahr 1922 publizierte er auf Grundlage seiner Sammlung die reich illustrierte Studie „Bilderei der Geisteskranken“, die viele Kunstinteressierte und Künstler:innen seiner Zeit ansprach und zur Bilderbibel der Surrealist:innen wurde.

Seit 1980 wächst die Sammlung erneut durch Kunst von Psychatrieerfahrenen, so dass der aktuelle Bestand rund 40.000 Werke von mehr als 1.200 Künstler:innen umfasst. Aufgabe des Museums ist es, zum Wahrnehmen, Vermitteln und Erforschen dieser Kunst sowie ihrer Schöpfer:innen beizutragen, diesen damit eine Stimme zurückzugeben sowie Entstigmatisierung und gesellschaftliche Inklusion von Psychatrieerfahrenen zu befördern. Das Museum, das sich mit seinem weltweit unvergleichlichen Bestand erfolgreich in der internationalen Museumslandschaft positioniert hat und jährlich zwei bis drei thematische Ausstellungen zeigt, ist zugleich wissenschaftliche Einrichtung der Universität Heidelberg, die das Schicksal der Künstler:innen, ihre Werke und übergeordnete Fragestellungen erforscht.

[www.sammlung-prinzhorn.de](http://www.sammlung-prinzhorn.de)

„Im breiten außerwissenschaftlichen Diskurs über nationalsozialistische Verfolgungsoffer sind die Zwangssterilisationen weiterhin kaum präsent.“



**PROF. DR. FRANK ENGEHAUSEN** forscht und lehrt seit 2005 am Historischen Seminar der Universität Heidelberg zu Neuerer Geschichte. Er hat einen Arbeitsschwerpunkt in der südwestdeutschen Landesgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts und hat drei Forschungsprojekte zur Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Folgen koordiniert beziehungsweise geleitet: „Geschichte der Landesministerien in Baden und Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus“ (2014 bis 2017), „Beamte nationalsozialistischer Reichsministerien: Rekrutierung – Karrieren – Nachkriegswege“ (2017 bis 2020) sowie „Reintegration, Schuldzuweisung und Entschädigung. Bewältigung und Nicht-Bewältigung der NS-Vergangenheit in den drei Vorgängerländern Baden-Württembergs“ (2018 bis 2021). 2022 erschien sein Buch „Tatort Heidelberg. Alltagsgeschichten von Repression und Verfolgung 1933-1945“.

Kontakt: Frank.Engehausen@zegk.uni-heidelberg.de

der öffentlichen Erinnerung an „Asoziale“ sowie „Berufsverbrecher und Berufsverbrecherinnen“, die in großer Zahl in Konzentrationslager verschleppt worden waren, nur vom Rand aus. Diese Personengruppe, für die sich seit 2023 der „Verband für das Erinnern an die verleugneten Opfer des Nationalsozialismus“ einsetzt, ist ebenfalls inzwischen quasiamtlich als erinnerungswürdig eingestuft worden, indem ihr ein Bundestagsbeschluss vom Frühjahr 2020 einen NS-Opferstatus zuerkannt hat. Was die beiden letztgenannten Opfergruppen betrifft, könnte fast der Eindruck entstehen, dass sich das öffentliche Erinnern weitgehend unabhängig vom geschichtswissenschaftlichen Fachdiskurs entwickelt – oder wenigstens doch mit erheblicher zeitlicher Verzögerung, da die einschlägigen Arbeiten zu den sozial stigmatisierten NS-Verfolgungsoffern teilweise mehr als ein Vierteljahrhundert alt sind.

### Die Opfergruppe der Zwangssterilisierten

Ein anderes Bild ergibt sich für die Opfergruppe der Zwangssterilisierten, auf die hier ein genauerer Blick geworfen werden soll. Seit dem Erscheinen einer breit angelegten Studie der Historikerin Gisela Bock zu dem Thema Mitte der 1980er-Jahre sind Ursachen, Verlauf und Folgen dieses Teilaspekts der nationalsozialistischen Medizinverbrechen in den großen Zügen bekannt: frühe Einführung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ (Juli 1933) in Anknüpfung an zuvor in medizinischen Kreisen häufig diskutierte rassenhygienische Konzepte; Etablierung eines scheinrechtsstaatlichen Selektionsapparats mit Erbgesundheitsgerichten an der Spitze; intensive (Selbst-)Mobilisierung von Allgemeinmedizinerinnen und -medizinerinnen, beamteten Ärzten und Ärztinnen, Klinikleitungen und auch Fürsorgestellten zur massenhaften Inangsetzung von Verfahren; von 1934 bis 1945 ohne Rücksicht auf vor allem in kirchlichen Kreisen wahrnehmbare Kritik und auf vielfachen Widerstand Betroffener Zwangssterilisierung von mehr als 300.000 Frauen und Männern (mit dem Kollateralschaden von mehreren Tausend Todesfällen) zumeist nicht nach klaren medizinischen Indikationen, sondern unter dem Deckmantel der Diagnosen „erblicher Schwachsinn“, „Schizophrenie“ und „Alkoholismus“ mit sozialrassistischen Absichten; schließlich in den ersten Nachkriegsjahrzehnten keine Wiedergutmachung für die Betroffenen mit dem amtlichen Argument, dass es sich bei den Zwangssterilisationen nicht um spezifisch nationalsozialistisches Unrecht, sondern um ein gesundheitspolitisches Normalinstrument gehandelt habe, wie es auch in anderen Ländern in Gebrauch gewesen sei.

Unter diesen Voraussetzungen erwies sich die öffentliche Erinnerung an die Zwangssterilisationen im Nationalsozialismus als schwierig. Hinzu kam, dass viele Opfer aus Scham über die vermeintlichen körperlichen und geistigen Makel, die den Anlass für die Zwangssterilisation gegeben hatten, ihr Schicksal im Privaten belassen wollten und andere, insbesondere die sozial deklassierten, nicht über die nötigen

Ressourcen verfügten, um sich in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen, und in ihrem Umfeld auch keine Hilfen dazu fanden. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass erst 40 Jahre nach Ende der nationalsozialistischen Herrschaft das Thema eine gewisse öffentliche Resonanz fand. Bundespräsident Richard von Weizsäcker erwähnte in seiner – aus anderen Gründen – berühmt gewordenen Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes in der Aufzählung der NS-Opfergruppen ganz deutlich auch die Zwangssterilisierten, für deren Belange sich kurz darauf mit dem „Bund der ‚Euthanasie‘-Geschädigten und Zwangssterilisierten“ ein Interessenverband von Betroffenen und ihren Angehörigen gründete.

In der Folge wurden dann auch die politischen Weichen gestellt, um die noch lebenden Opfer entschädigungsfähig zu machen: 1988 mit der Feststellung des Bundestags, dass die auf der Grundlage des Erbgesundheitsgesetzes durchgeführten Sterilisationen und Kastrationen nationalsozialistisches Unrecht waren, 1998 mit der pauschalen Aufhebung der Urteile der Erbgesundheitsgerichte und 2007 mit der symbolischen „Ächtung“ des Gesetzes von 1933 durch den Bundestag. In den historischen Fachkreisen hat das Thema seitdem regelmäßig Aufmerksamkeit gefunden in Form von medizingeschichtlichen sowie lokal- oder regionalgeschichtlichen Studien, deren Erträge zum Teil auch in kleineren Öffentlichkeiten Resonanz gefunden haben. Im breiten außerwissenschaftlichen Diskurs über nationalsozialistische Verfolgungsoffer sind die Zwangssterilisationen hingegen weiterhin kaum präsent.

### Impulse für die regionale Erinnerung

Auch am Historischen Seminar der Universität Heidelberg beschäftigen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus einem regionalgeschichtlichen Blickwinkel mit den NS-Verbrechen und marginalisierten Opfergruppen nationalsozialistischer Verfolgung. Der Verfasser dieser Zeilen widmet sich seit geraumer Zeit lokal- und regionalgeschichtlichen Studien zu verschiedenen Themenbereichen des 19. und 20. Jahrhunderts und insbesondere der Geschichte des Nationalsozialismus. Er hat diesen engeren geographischen Zugriff gewählt, weil er die Ausprägungen des Allgemeinen im Speziellen für besonders reizvoll hält und meint, dass sich Probleme in kleinräumiger Betrachtung oft besonders genau erkennen lassen. Hinzu kommt die inzwischen durch einige positive Erfahrungen gestärkte Annahme, dass die Barriere zwischen fachwissenschaftlichem Diskurs und öffentlicher Erinnerung in lokalen und regionalen Kontexten durchlässiger ist als in größeren – vermutlich aus dem einfachen Grund, dass Historisches für eine breitere Leserschaft umso interessanter ist, je leichter es sich mit deren eigenen Lebenswelten, und sei es nur der geographische Raum, in Verbindung bringen lässt.

Bisherige Erträge der Bemühungen waren zum einen Publikationen, die auch das Thema der Opfergruppen nationalsozialistischer Verfolgung berühren: In der Eigenwertschätzung

FORGOTTEN VICTIMS

# THE CASE FOR REGIONAL REMEMBRANCE

FRANK ENGEHAUSEN

The first part of the article traces the way in which the public remembers the victim groups of National Socialist persecution from the end of the Second World War to the present. It discusses the connections between historical research, political decisions regarding our commemorative culture and the public relations work of those affected. Current examples include discussions about queer and socially stigmatised people as victims of persecution.

The second part of the article is dedicated to the women and men who were forcibly sterilised during the National Socialist regime. They constitute a long-marginalised victim group that has only appeared in public discussions about National Socialist crimes since the 1980s, but still does not receive the attention it deserves in view of the high number of victims.

The conclusion of the article uses the Heidelberg case study to demonstrate the local dimensions of forced sterilisations and highlight the central role that Heidelberg university physicians played in the implementation and execution of these crimes between 1933 and 1945. Looking ahead, the question is whether the current memory of this dark chapter in Heidelberg University's history reflects its true gravity. ●

**PROF. DR FRANK ENGEHAUSEN** is a scholar of modern history who joined the teaching and research staff of Heidelberg University's Department of History in 2005. One of his specialities is the history of southwest Germany in the 19th and 20th centuries, and he has coordinated or headed three research projects on the history of National Socialism and its aftermath: The first, which ran from 2014 to 2017, dealt with the history of the Baden and Württemberg state ministries in the National Socialist era; the second, from 2017 to 2020, focused on civil servants in National Socialist Reich Ministries, their recruitment, careers and post-war lives; and the last, from 2018 to 2021, explored the subjects of reintegration, recrimination and reparations in the context of attempts and failure to cope with the National Socialist past in the three predecessor states of Baden-Württemberg. In 2022 he published a book entitled "Tatort Heidelberg. Alltagsgeschichten von Repression und Verfolgung 1933-1945" (Heidelberg crimes. Everyday stories of repression and persecution 1933-1945).

Contact: Frank.Engelhausen@zegk.uni-heidelberg.de

**“Remembering  
and forgetting  
are part of a  
historian’s  
day-to-day  
business.”**

## „Ungefähr zwei Drittel der in Heidelberg vorgenommenen Sterilisations- und Kastrationsoperationen fanden in den Universitätskliniken statt.“

steht an erster Stelle eine Dokumentation von Sondergerichtsverfahren mit dem „Tatort Heidelberg“, bei denen marginalisierte Opfer im Mittelpunkt standen: bei den leichteren Fällen Kommunisten und bei den schweren Fällen als „Asoziale“ und „gefährliche Gewohnheitsverbrecher und -verbrecherinnen“ abgestempelte und teilweise zum Tode verurteilte Kleinkriminelle. Zum anderen hat die Betreuung von akademischen Qualifikationsschriften Früchte getragen: zum Beispiel eine in Buchform veröffentlichte Masterarbeit über die NSDAP in Heidelberg oder eine abgeschlossene Doktorarbeit über Prostitution und Zuhälterei im „Dritten Reich“ in südwestdeutschen Großstädten.

Es ist zu erwarten, dass sich diese Reihe von Arbeiten, die Impulse auch für die regionale Erinnerung an den Nationalsozialismus und seine Opfer bieten, noch fortsetzen wird. Gerade abgeschlossen wurde eine Masterarbeit, deren Verfasserin, Diana Kail, erstmals den großen Aktenbestand zum Erbgesundheitsgericht Heidelberg ausgewertet und dessen Tätigkeit systematisch untersucht hat. Eklatant sind unter den Ergebnissen die sehr hohen Fallzahlen, die im Zuständigkeitsbereich des Gerichts um die Hälfte höher waren als im Durchschnitt des Deutschen Reiches, und bedrückend ist der Befund, mit dem die Studie dies erklärt: das reibungslose Zusammenspiel von Ärzten und Ärztinnen in unterschiedlichen Funktionen, Bürgermeister- und Schülämtern, Polizei und Justizbehörden sowie verschiedenen Fürsorgestellen, die jeweils nicht unter Druck agierten, sondern vielfach vorausseilenden Eifer zeigten und den Unrechtscharakter der erst durch ihr Mittun funktionierenden Zwangssterilisierungsmaschinerie gar nicht wahrnahmen oder ausblendeten.

### Schlüsselstellung der Universität Heidelberg

Blickt man auf die vielen Mittäter, werden die Zwangssterilisationen auch zu einem Thema der Geschichte der Universität Heidelberg, die in dem System dieser Medizinverbrechen eine Schlüsselstellung einnahm. Dass die Universität sich gleich 1933 um die Einrichtung einer „Forschungsstelle für Erbbiologie und Eugenik“ bemühte, um Planung und Durchführung der Zwangssterilisationen wissenschaftlich zu fundieren, stellt dabei ebenso einen Nebenaspekt dar

wie die Tatsache, dass unter den Opfern auch eine kleine Zahl Heidelberger Studierender war, darunter solche, die auf Prüfungssituationen mit psychischen Problemen reagierten, die dann als vererbbares Leiden diagnostiziert wurden. Der Hauptbefund betrifft vielmehr die Dimensionen der Mitwirkung der Heidelberger Universitätsmedizin an den Zwangssterilisationen: Von 631 Anträgen auf „Unfruchtbarmachung“, die in einer großen Stichprobe (bei einem Gesamt von mehr als 1.500 Fällen) untersucht wurden, stammt mehr als ein Viertel aus der psychiatrischen Universitätsklinik, das heißt, die Verfahren wurden dort in Gang gesetzt. Ungefähr zwei Drittel der in Heidelberg vorgenommenen Sterilisations- und Kastrationsoperationen fanden in den Universitätskliniken statt, und nicht zuletzt traten Heidelberger Universitätsmediziner als Gutachter in den Verfahren auf: darunter nicht nur der NS-ideologisch verbohrt Ordinarium für Psychiatrie und Klinikdirektor Carl Schneider, sondern auch besser beleumundete Professoren wie Viktor von Weizsäcker.

Unbekannt war die Beteiligung der Universität Heidelberg an den Zwangssterilisationen bislang nicht: So wurde in den einschlägigen medizinhistorischen Publikationen das Thema durchaus behandelt, wenngleich zumeist nur gestreift. Auch Anfänge einer öffentlichen Erinnerung an diesen Teil der Medizinverbrechen gab es: in der jüngeren Vergangenheit etwa die Kabinettausstellung „Bilder einer Zwangssterilisation“ sowie die Ausstellung „Menschen die noch hätten leben können“ in der dem Universitätsklinikum zugehörigen „Sammlung Prinzhorn“, einer bedeutenden Spezialsammlung von Kunstwerken von Psychiatriepatientinnen und -patienten. Die Dimensionen der Zwangssterilisationen in Heidelberg – immerhin handelt es sich bei den Betroffenen nach den in die Stadt verschleppten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern neben den Jüdinnen und Juden um die mit Abstand größte Gruppe von NS-Verfolgungsoffern – können jetzt jedoch neu ermesen und bewertet werden. Ob auch die öffentliche Erinnerung an sie neu ausgerichtet wird, können Historikerinnen und Historiker nicht prognostizieren und schon gar nicht entscheiden. ●